



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 20. Sitzung des Seniorenbeirates (S/020/2022)

am Montag, 14. März 2022,

09:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 09:00 Uhr
Ende der Sitzung: 11:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
Klaus Rentsch

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Dr. Rainer Kempe
Heiko Müller
Siegfried Müßig
Wolfgang Krusch
Eberhard Mittag

Sitzungsteilnahme bis 11:30 Uhr

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Gudrun Böhmig
Jürgen Eckoldt
Monika Fiedler
Dr. Sieglinde Hauffe
Gertraud Kasten
Gabriele Lohse
Iris Machalet
Dr. Peter Müller
Waldemar Peine
Dr. med. Rotraut Sawatzki
Elfi Wagner

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Tanja Schewe

keine Sitzungsteilnahme

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Klaus Kummer

keine Sitzungsteilnahme

Verwaltung:

Frau Skiebe

GB 6/61

Gäste:

Herr Dudeck
Herr Schmidt
Frau Ulm

Privat
Gorbitzfunk
BBZ Bühlowh

Schriftführerin:

Stefanie Ruß

Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- 1** Fußverkehrsstrategie der Landeshauptstadt Dresden **V1338/21
beratend**
- 2** Einladung des Oberbürgermeisters
- 3** Informationsvorlage V1343/21 "Förderung von Projekten mit modellhaftem Charakter auf Basis der Fachförderrichtlinie Sozialamt"
- 4** Sonstiges (nachträglich auf die TO gesetzt)

öffentlich

Einleitung:

Herr Rentsch begrüßt zur Sitzung des Seniorenbeirats am 14. März 2022 und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss begrüßt er den Oberbürgermeister Herrn Hilbert und Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann sowie das neue Beiratsmitglied Frau Machalett.

Er teilt mit, dass auf die Tagesordnung ein Tagesordnungspunkt 4 zur Thematik „AG Öffentlichkeitsarbeit“ ergänzt werde, da dringender Beratungsbedarf bestehe. Weiterhin teilt er mit, dass der Tagesordnungspunkt 2 zuerst behandelt werde und fragt an, ob dagegen Einwände bestehen.

Seitens des Seniorenbeirats bestehen keine Einwände.

Die Beiratsmitglieder stimmen der geänderten Tagesordnung mehrheitlich zu.

1 Fußverkehrsstrategie der Landeshauptstadt Dresden

**V1338/21
beratend**

Der Tagesordnungspunkt 1 wird nach dem Tagesordnungspunkt 2 behandelt.

Frau Skiebe bringt die Vorlage anhand einer Präsentation (Anlage 1) ein.

Herr Rentsch bringt den Ergänzungsantrag (Anlage 2) ein.

Herr Müßig weist auf die Problematik des gemeinsamen Rad- und Fußweges hin und sehe ein hohes Sicherheitsdefizit für die Senioren*innen. In diesem Zusammenhang geht er auf seine persönlichen Erfahrungen ein. Er möchte wissen, ob tatsächlich weniger gemeinsame Fuß- und Radgehwege geplant werden.

Frau Skiebe teilt mit, dass die Problematik bekannt sei. Sie verweist dazu parallel auf das Radverkehrskonzept und teilt mit, dass zum großen Teil eine Umplanung avisiert werde. Zugleich weist sie auf das soziale Miteinander im Verkehr hin und betont, dass darauf nicht Einfluss genommen werden könne.

Frau Böhmig geht auf die Vorlage. Sie fragt nach, ob das Fußwegekonzept nur umgesetzt werden könne, wenn die entsprechenden Mittel im Haushalt vorhanden seien. In diesem Zusammenhang fragt sie nach, wann eine Mittelerhöhung geplant werde und bittet um eine Beurteilung der personellen Kapazitäten. Weiterhin möchte sie wissen, ab wann die personelle Zuständigkeit speziell für Fußwege in der Verwaltung geschaffen werde. Im Anschluss geht sie auf die Ampelphasen ein und regt an, dass diese Phasen auf die Fußgänger angepasst werden. Sie führt verschiedene Beispiele dazu aus.

Frau Skiebe geht auf die dargestellten finanziellen und personellen Ressourcen ein und betont, dass das Radwegekonzept umgesetzt werden könne, wenn die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stehen. Im Geschäftsbereich 6 gebe es eine Stelle für Barrierefreiheit und Fußverkehr. Bei der Vielzahl der Maßnahmen sei eine Erhöhung der Personalstellen notwendig. Dieser Bedarf sei in der Vorlage auch benannt. Hinsichtlich der Schaltung der Lichtsignalanlagen verweist sie auf das geltende Regelwerk. Sie stellt ausführlich die in Dresden angewandten Vorgaben aus dem Regelwerk dar. Weiterhin merkt sie an, dass bei der Schaltung der Lichtsignalanlagen alle Verkehrsteilnehmer Berücksichtigung finden müssen. Derzeit werde der ÖPNV vorrangig geschaltet.

Frau Lohse möchte wissen, wann bei Querungen Ampelanlagen und Zebrastreifen eingesetzt werden. Sie spricht sich dafür aus, dass wieder mehr Zebrastreifen umgesetzt werden.

Frau Skiebe verweist hier ebenso auf das geltende Regelwerk. Es müsse zudem immer auf die ortskonkreten Verhältnisse und die Verkehrsbelastung geschaut werden.

Herr Rentsch geht auf den Beschluss des Stadtrates zur Erhöhung der Nutzung von Zebrastreifen ein.

Herr Eckholdt geht auf die Nebenwege und Trampelpfade ein und merkt an, dass diese immer mehr gesperrt werden. Er möchte wissen, ob die Sperrungen erfolgen, da die Wege nicht dem Standard der Sicherheitsbestimmungen entsprechen.

Frau Skiebe teilt mit, dass die genannten Wege nicht öffentlich gewidmet seien und nicht in der Zuständigkeit des Straßen- und Tiefbauamtes liege. Sie geht ausführlich auf die Haftungsproblematik ein. In der Zukunft werde noch ein Wegekonzept erstellt werden.

Herr Dr. Müller möchte wissen, ob es eine Stellungnahme von dem Verein Fuß e. V. gebe. Weiterhin möchte er wissen, ob es weiterhin den Fußgängerbeauftragten gebe. Zugleich merkt er an, dass die Mittel zur Umsetzung aller Vorhaben nicht reichen. Er habe diesbezüglich Bedenken. Im Anschluss bittet er zu erläutern, was unter der Bezeichnung „die Stadt der kurzen Wege“ zu verstehen sei. Hinsichtlich der durch E-Scooter beeinträchtigten Fußwegesicherheit sehe er Regelungsbedarf und fragt an, ob Maßnahmen geplant seien. Er geht auf das Begleitgremium ein und regt an, dass Stadtteilvereine, Stadtteilinitiativen und Senioreninitiativen konkret einbezogen werden.

Frau Skiebe teilt mit, dass es eine Stellungnahme des Vereins Fuß e. V. gegeben habe und diese auch einbezogen wurde. Die Tätigkeit der Fußgängerbeauftragten falle in ihre Zuständigkeit. Sofern die Fußverkehrsstrategie beschlossen werde, müssen weitere Personalstellen geschaffen werden. Die Mittel zur Umsetzung der Vorhaben müssen ebenso durch den Stadtrat beschlossen und im Haushalt entsprechend eingestellt werden. Mit der Bezeichnung „Stadt der kurzen Wege“ sei gemeint, dass wichtige Versorgungseinrichtungen, Ärzte und die Grundbedarfsversorgung innerhalb eines fußläufigen Einzugsbereichs erreicht werden können. In Bezug auf die E-Scooter und Mobi-Bikes erläutert sie, dass sich mit dieser Thematik in der Vorlage nicht ausführlich beschäftigt wurde. Es gebe zu dieser Thematik eine separate Vorlage. Sie geht nochmals auf die Intention der hiesigen Vorlage ein. Im Anschluss geht sie auf die Begleitgremien und die bisher Beteiligten ein.

Frau Fiedler teilt ihre persönlichen Erfahrungen aus dem Arbeitskreis mit. Im Anschluss geht sie auf die Vorlage und die weiteren Konzepte in der Stadt ein. Sie wünsche sich, dass die Konzepte und Beteiligten besser zusammenarbeiten. Ebenso rege sie an, dass mit der DVB AG zusammengearbeitet werde. Weiterhin kritisiert sie die Pfützenbildung an den Haltestellen und die vorrangige Schaltung für den ÖPNV. Sie wünsche sich eine intensive Bearbeitung der Fußwegestrategie. Im Anschluss schildert sie ausführlich die Problematik in der Eschdorfer Straße und möchte wissen, wann dieses Vorhaben endlich angegangen werde.

Frau Skiebe teilt mit, dass die Problematik der Pfützenbildung auf den Fußwegen und im Schnittgerinne bekannt sei und die Ressourcen in der Vorlage eingestellt wurden. In Bezug auf die Lichtsignalanlagenschaltung erläutert sie nochmals, dass es eine Prioritätensetzung gebe und Veränderungen ebenso von der Politik abhängen. Im Anschluss geht sie auf die Eschdorfer Straße ein.

Herr Dr. Kempe geht auf die Vorlage und vorangegangene Redner ein. Er beantragt folgende Ergänzung:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen einer Fortschreibung der Fußverkehrsstrategie die Aspekte der Aufenthaltsqualität durch Handlungsschwerpunkte und konkrete Maßnahmenprioritäten weiter zu untersetzen.“

Herr Mittag regt intelligente Lichtsignalanlagen an. Er führt verschiedene Beispiele dazu aus. Weiterhin bittet er um eine Lösung für die E-Scooter-Problematik.

Herr Peine geht auf die Ziele der Vorlage ein. Er regt zudem an, dass bei der Planung der öffentlichen Verkehrsflächen mit hohem Grünvolumen zur Verbesserung des Stadtklimas, die Erhaltung angepasster pflanzlicher und tierischer Lebensformen Berücksichtigung finde.

Frau Dr. Hauffe spricht sich für eine Erhöhung des Grünvolumens aus. Sie geht darauf ein, dass in der Südvorstadt Linden gefällt wurden und möchte wissen, ob darauf auch Einfluss genommen werde.

Frau Skiebe teilt mit, dass es immer eine problematische Abwägungssache sei. Zugleich verweist sie auf die Zuständigkeit des Grünflächenamtes.

Herr Dr. Kempe geht nochmals auf seinen Ergänzungsantrag ein.

Herr Dr. Müller bringt folgenden Ergänzungsantrag ein:

„Durch die „Ortsgebundenheit“ der Fußwege sind auch Akteure vor Ort wie Stadtteilinitiativen, Orts- und Heimatvereine über die Beteiligung der Stadtbezirksbeiräte hinaus in ihrem Handlungsbereich verbindlich einzubeziehen. Das betrifft auch Seniorenakteure durch deren abnehmende Mobilität mit steigendem Alter, die auf Quartiere der kurzen und barrierearmen Wege angewiesen sind.“

Er fragt an, ob dieser Ergänzungsantrag die Intention des Ergänzungsantrages von Herrn Dr. Kempe treffe.

Herr Dr. Kempe teilt mit, dass es nicht ganz seine Intention treffe. Er möchte seinen eigenen Ergänzungsantrag bestehen lassen.

Aus der Mitte des Seniorenbeirats ergeht eine Diskussion zu den vorgebrachten Ergänzungsanträgen.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen

Herr Rentsch bittet sodann zur Abstimmung des Ergänzungsantrages von Herrn Dr. Kempe.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 1

Sodann bittet er den Ergänzungsantrag von Herrn Dr. Müller zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 8 Nein 7 Enthaltung 1

Er bittet anschließend seinen eingebrachten Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 1

Im Anschluss bittet er die so ergänzte Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Fußverkehrsstrategie der Landeshauptstadt Dresden (Anlage A zur Vorlage) und beauftragt den Oberbürgermeister mit der schrittweisen Umsetzung.
2. Der Stadtrat beschließt die als Anlagen zur Fußverkehrsstrategie beigefügten Fachkonzepte für die Anlage neuer Querungsanlagen (Anlage 2 zur Vorlage), für die Anlage neuer Gehwege (Anlage 3 zur Vorlage), die Ziele und Aufgaben der Verwaltung der Landeshauptstadt Dresden (Anlage 4 zur Vorlage), einschließlich der Verbesserung der Instandhaltung von Gehwegen sowie den Umgang mit vollsignalisierten Knotenpunkten im Bestand bei fehlenden Fußgängerfurten (Anlage 5 zur Vorlage) und beauftragt den Oberbürgermeister mit deren Umsetzung.
3. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Umsetzung der Fußverkehrsstrategie ohne finanzielle Mehrausstattung und zusätzliche Personalbereitstellung bei den beteiligten Fachämtern nicht im dargestellten Umfang umsetzbar ist. Dies gilt insbesondere für die Fachämter mit Baulastträgerschaft (derzeit das Straßen- und Tiefbauamt, das Amt für Stadtgrün und

Abfallwirtschaft sowie das Umweltamt) und für das Amt für Stadtplanung und Mobilität. Über den finanziellen Mehrbedarf und die ausgewiesenen Stellenmehrbedarfe wird bei der Prioritätensetzung in der Haushaltsaufstellung und bei dem regulären Stellenplanverfahren entschieden (siehe Anlage B).

4. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, die Fachkonzepte „Konzept für die Anlage neuer Querungsanlagen“ (Anlage 2 zur Vorlage) und „Konzept für die Anlage neuer Gehwege“ (Anlage 3 zur Vorlage) alle fünf Jahre fortzuschreiben. In diesem Zug sollen auch die Ziele der Strategie (Abschnitt 2.3) und die Ziele und Aufgaben der Verwaltung der Landeshauptstadt Dresden (Anlage 4 zur Vorlage) evaluiert und bei Bedarf fortgeschrieben werden.
5. Über die umgesetzten Maßnahmen der Fachkonzepte zur Anlage neuer Querungsstellen und Gehwege ist alle zwei Jahre im Rahmen einer Beschlusskontrolle zu informieren (tabellarischer Zusammenstellung der umgesetzten Maßnahmen).
Jeweils nach fünf Jahren ist ein Statusbericht zur Fußverkehrsstrategie (entsprechend Abschnitt 5 der Fußverkehrsstrategie) zu erstellen.
6. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen einer Fortschreibung der Fußverkehrsstrategie die Aspekte der Aufenthaltsqualität durch Handlungsschwerpunkte und konkrete Maßnahmenprioritäten weiter zu untersetzen.**
7. **Durch die „Ortsgebundenheit“ der Fußwege sind auch Akteure vor Ort wie Stadtteilinitiativen, Orts- und Heimatvereine über die Beteiligung der Stadtbezirksbeiräte hinaus in ihrem Handlungsbereich verbindlich einzubeziehen. Das betrifft auch Seniorenakteure durch deren abnehmende Mobilität mit steigendem Alter, die auf Quartiere der kurzen und barrierearmen Wege angewiesen sind.**
8. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Positionspapier des Seniorenbeirats (Anlage zur Beschlussempfehlung) zur Vorlage V1338/21 „Fußverkehrsstrategie der Landeshauptstadt Dresden“ dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben. Die Umsetzbarkeit der Inhalte des Positionspapiers sind zusammen mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, dem Seniorenbeirat und der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen/Senioren zu prüfen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1

Im Anschluss der Abstimmung ergeht eine Debatte zur Veränderung der Schaltung der Lichtsignalanlagen zu Gunsten der Fußgänger.

Frau Skiebe betont nochmals, dass eine einfache Änderung der Schaltung der Lichtsignalanlagen nicht möglich sei.

2 Einladung des Oberbürgermeisters

Der Tagesordnungspunkt 2 wird zuerst behandelt.

Herr Oberbürgermeister Hilbert dankt für die Einladung und geht nur teilweise auf die vorab eingereichten Fragen ein. Er beginnt zunächst mit der Thematik Corona. Er informiert, dass die Infektionszahlen weiterhin sehr hoch seien. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Abschaffung vieler Maßnahmen und der Beginn der einrichtungsbezogenen Impfpflicht und die daraus resultierende Prüfung. Dies sei ein enormer Aufwand für das bereits ausgelastete Gesundheitsamt. Im Anschluss geht er auf die Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine ein. Die Realisierung von vielen Unterkünften in so kurzer Zeit sei ebenso eine herausfordernde Aufgabe. Das Zurückgreifen auf Turnhallen und die Messe sei nur eine vorübergehende Lösung für die ankommenden Flüchtlinge. Es müssen nun dauerhafte Unterbringungsmöglichkeiten gefunden werden. Er wünsche sich, dass der Seniorenbeirat ehrenamtlich Unterstützung leiste, so dass die Geflüchteten gut in Dresden ankommen. Die Stadt sei hier ebenso engagiert, dass den Geflüchteten so gut wie möglich geholfen werden. Weiterhin geht er auf den Beitritt der Landeshauptstadt in die Charta Schwerstkranker/sterbender Menschen ein. Der Beitritt sei bislang noch nicht erfolgt, soll aber zeitnah realisiert werden. Anschließend geht er auf den Wunsch ein, dass ein Seniorenbeiratsmitglied in den Bildungsbeirat berufen werden. Hierbei müsse der Seniorenbeirat mit den Fraktionen ins Gespräch kommen, sodass ein entsprechender Ergänzungsantrag zum ursprünglichen Antrag im Stadtrat eingereicht werde.

Herr Rentsch merkt an, dass der Seniorenbeirat sei 10 Jahren darum bitte, dass ein Mitglied des Seniorenbeirats in den Bildungsbeirat berufen werde.

Frau Dr. Sawatzki betont, dass sie bereits als Gast im Bildungsbeirat teilgenommen habe und zum nächsten Bildungsbeirat wieder eingeladen wurde. Sie habe in der Sitzung des Bildungsbeirats gebeten, dass ein Vertreter des Seniorenbeirats als Mitglied aufgenommen werde. Der zuständige Bürgermeister teilte ihr mit, dass dies nicht möglich sei, da sie bereits im Seniorenbeirat Mitglied sei. Im Anschluss geht sie auf das generationsübergreifende Lernen ein und bittet um Unterstützung des Oberbürgermeisters.

Herr Oberbürgermeister Hilbert werde die Thematik nochmals mitnehmen.

Herr Dr. Müller teilt mit, dass die Initiativen aus dem Seniorenbeirat auf wenig Gegenliebe in der Verwaltung stoßen. Er geht auf verschiedene Beispiele ein. Im Anschluss geht er auf den Beschluss zur Fachförderrichtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Gewährung von Zuwendungen für soziale Angebote und Projekte im Bereich Soziales (FFRL Soziales) ein. In diesem Zusammenhang äußert er seine Kritik an einem überbürokratischen Verwaltungshandeln und betont, dass ein Verwaltungshandeln ebenso bürgerschaftliches Engagement erwirken könne. Er möchte wissen, was es für innovative Ansätze aus der Verwaltung gebe.

Herr Oberbürgermeister Hilbert bittet zu erläutern, an welchen Stellen die Fachförderrichtlinie problematisch sei und was er sich wünsche.

Herr Dr. Müller weist auf die Überbürokratisierung von Vorgängen hin. Weiterhin sei das Förderportal nicht einfach und barrierefrei sowie fehle die Möglichkeit des Zwischenspeicherns von Vorgängen. Im Anschluss weist er auf die veralteten Betreuungsformen hin, welche sich besonders in der Pandemie als nicht zeitgemäß und sozial herausgestellt haben.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann weist auf den intensiven und umfangreichen Prozess zum Fachplan offene Altenhilfe und Seniorenarbeit. Demnach werden Quartiersansätze und eine Verknüpfung zwischen ehrenamtlichen Engagement und professioneller Tätigkeit erziele. In Bezug auf die Pflege sei die Kommune aufgrund der rechtlichen Vorgaben außen vor. Es werde trotzdem versucht, dass die Pflegelandschaft so gut wie möglich gestaltet werde. Sie geht beispielhaft darauf ein. Im Anschluss geht sie auf den sozialen Wohnungsbau ein und betont, dass die Verwaltung sich sehr intensiv damit beschäftige. Hinsichtlich der neuen Fachförderrichtlinie weist sie den Vorwurf einer erhöhten Bürokratie zurück. Sie merkt zugleich an, dass das Förderportal im Aufgabenbereich des Eigenbetriebes IT-Dienstleistungen liege und Verbesserungen notwendig seien. Parallel zu dem Förderportal stehe weiterhin die Papierform zur Verfügung. Weiterhin teilt sie mit, dass die Verwaltung im intensiven Austausch mit den Kranken- und Pflegekassen stehe. Jedoch bestehe ein personelles Problem bei den Trägern. Aufgrund der einrichtungsbezogenen Impfpflicht werde sich diese Problematik nicht verbessern. Die Verwaltung könne hier lediglich über das Pflegenetz steuern. Sie sei nicht aktiver Akteur.

Herr Schäfer ergänzt, dass die Senioren- und Behindertenbeauftragte der Stadt Dresden ein mobiles Seniorenbüro schaffen wolle. Hinsichtlich der sorgenden Gemeinschaft betont er, dass sich innerhalb des Seniorenbeirates auf ein Verfahren abgestimmt wurde. Er geht nochmals auf das Verfahren ein. Im Anschluss betont er, dass der Fachplan durchaus eine Grundlage für Innovation sei. Er geht auf verschiedene Beispiele ein. Ebenso geht er nochmals auf die Förderrichtlinie und das Förderportal ein.

Zwischen **Herrn Schäfer** und **Herrn Dr. Müller** ergeht eine Diskussion zum abgestimmten Verfahren im Seniorenbeirat.

Herr Peine sehe die Verwaltungssprache in den Vorlagen als problematisch an. Er geht ausführlich darauf ein und betont, dass ihm die bürgernahe Sprache fehle.

Herr Oberbürgermeister Hilbert betont, dass die Mitarbeiter aus der Fachwelt für ihr Thema kämpfen und die Fachsprache keine böse Absicht sei. Die Vorlagen seien zudem für die Expertengremien bestimmt. Jedoch sei die Problematik grundsätzlich bekannt und es werde bereits an Lösungen gearbeitet.

Aus der Mitte des Seniorenbeirats ergeht nochmals eine Debatte zum vorhergehenden Thema. Herr Rentsch teilt mit, dass am Ende des Tagesordnungspunktes das Thema nochmals aufgegriffen werde.

Herr Mittag regt an, dass die Vorlagen von den Menschen, die einfache Sprache sprechen, Probe gelesen werden könne. Zugleich weist er auf die Problematik der Barrierefreiheit hin.

Frau Lohse mache sich Sorgen um die Sicherheit der Senioren. Sie sei schockiert über die aktuelle Situation. Sie regt eine große Kampagne zur Aufklärung der Senioren*innen an.

Herr Oberbürgermeister Hilbert stimmt zu, dass dieser Aspekt mit verschiedenen Medienpartnern aufgenommen werden könne.

Herr Dr. Kempe geht nochmals auf die Problematik der Verwendung von nicht einfacher Sprache in den Vorlagen ein. Er betont, dass die Vorlagen die Anregung und Motivation der Bürger ansprechen müsse.

Frau Dr. Sawatzki geht auf die vorgesehene Rechtsformänderung der Volkshochschule ein und möchte wissen, welche Folgen entstehen. Sie geht in diesem Zusammenhang auf den Zuwendungsbescheid für die bezahlbaren Bildungsangebote für ältere Menschen.

Herr Oberbürgermeister Hilbert teilt mit, dass die Rechtsformänderung der Volkshochschule noch nicht stattgefunden habe. Derzeit wurde lediglich ein Variantenvergleich vorgelegt, der gerade diskutiert werde. Das Ziel der Veränderung sei insbesondere die bessere Perspektivabsicherung der Volkshochschule.

Frau Kasten geht auf die sozialen Spannungen in der Neustadt ein und wünsche sich Hoffungszeichen von der Verwaltung. Sie geht ausführlich darauf ein.

Frau Böhmig geht auf den Krieg in der Ukraine und die wirtschaftlichen Folgen ein. Demnach steigen die Heiz- und Stromkosten. Sie habe die Befürchtung, dass viele Senioren*innen diese Kosten nicht mehr begleichen können. Für diese Situation müsse eine Lösung gefunden werden.

Herr Oberbürgermeister Hilbert teilt mit, dass die Energieversorgung in Dresden vom Energieträger Gas abhängig sei. Er stimme zu, dass die derzeitige Situation problematisch sei und eine Lösung gefunden werde müsse. Es müssen eine unabhängige Versorgung geschaffen werden.

Herr Dr. Müller geht auf die vorangesprochenen Themen ein und regt an, dass die Vertreter des Seniorenbeirates in ihren Stadtteilen aktiv werden. Die Stadtteilakteure und die Bürgerkultur müssen aktiv gefördert werden. Dies müsse auch ressortübergreifend erfolgen.

Herr Rentsch geht auf die Problematik des zukünftig fehlenden Begleitdienstes ein und bittet, dass in der kommenden Haushaltsplanung der mobile Begleitdienst berücksichtigt werde. Weiterhin bittet er, dass Seniorenbeiratssitzungen auch digital und hybrid erfolgen können.

Herr Oberbürgermeister Hilbert habe den Wunsch zur Haushaltsverhandlung vermerkt. In Bezug auf digitale und hybride Gremiensitzungen teilt er mit, dass derzeit Testdurchläufe erfolgen. Die Verwaltung arbeite an einer zukunftsorientierten Lösung.

Es besteht kein weiterer Gesprächsbedarf.

3 Informationsvorlage V1343/21 "Förderung von Projekten mit modellhaftem Charakter auf Basis der Fachförderrichtlinie Sozialamt"

Der Tagesordnungspunkt 3 werde von Herrn Schäfer schriftlich beantwortet, da er an der heutigen Beiratssitzung nur bis 11:15 Uhr teilnehmen könne.

4 Sonstiges (nachträglich auf die TO gesetzt)

Der Tagesordnungspunkt wird zum Sitzungsbeginn nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt.

Herr Eckholdt berichtet über den aktuellen Sachstand und die Arbeit der AG Öffentlichkeitsarbeit. Da Herr Dr. Ritter aus dem Seniorenbeirat und der AG Öffentlichkeitsarbeit ausgeschieden sei, werde ein neues AG-Mitglied gesucht.

Frau Böhmig erklärt Ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in der AG Öffentlichkeitsarbeit.

Herr Rentsch fragt an, ob dagegen Einwände bestehen.

Der Seniorenbeirat stimmt mehrheitlich zu, dass Frau Böhmig Mitglied in der AG Öffentlichkeitsarbeit werde.

Herr Rentsch teilt mit, dass hinsichtlich der Digitalisierung mit Herrn Prof. Breidung ein Gespräch geführt wurde.

Herr Mittag berichtet aus dem Gespräch mit Herrn Prof. Breidung. In Bezug auf die barrierefreien Dokumente sei keine schnelle Umsetzung möglich. Die Stadt arbeite an dem Fortschritt in der Digitalisierung. Der Wunsch des Seniorenbeirats, sich per Telefon in eine Videokonferenz einzuwählen, sei derzeit nicht möglich. Der runde Tisch solle per Telefonkonferenz und kurze Zusammenkünfte per Videokonferenz stattfinden. Ferner sei ein digitales Protokoll per Videochnitt aus datenschutzrechtlich nicht möglich.

Herr Peine geht auf die Beratungsangebote des Sozialamtes und seine persönlichen Erfahrungen ein, welche sehr ernüchternd seien. Er führt seine persönliche Erfahrung zur Suche nach betreutem Wohnen aus.

Frau Lohse geht auf die Ausführungen von Herrn Peine ein und verweist auf die zuständigen Bearbeiter und Beratungsstellen. Sie sei verwundert, dass das Sozialamt darauf nicht hingewiesen habe.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen

Herr Rentsch beendet sodann die Beiratssitzung

Klaus Rentsch
Vorsitzender

Stefanie Ruß
Schriftführerin

Eberhard Mittag

Monika Fiedler